

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 pbbn d

Inhalt

Egon Lutz MdB wendet sich gegen eine Behinderung des Familiennachzugs bei ausländischen Arbeitnehmern: Die Integration muß gestärkt werden.

Seite 1

Barbara Simons MdEP kritisiert die drohende Verwässerung der EG-Sanktionen: EG-Sanktionen gegen Südafrika sofort verwirklichen.

Seite 3

Erich Wolfram MdB kommentiert die Aufkündigung der Regierungskoalition in Wien: Rechtsruck nach dem „Vorbild“ der FDP.

Seite 4

Dokumentation:

Erklärung des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine zur Nutzung der Kernenergie.

Seite 5

41. Jahrgang / 178

18. September 1986

Die Integration muß stärker gefördert werden

Der Familiennachzug der ausländischen Arbeitnehmer darf nicht behindert werden

Von Egon Lutz MdB

Insgesamt waren in die Bundesrepublik Deutschland neun Millionen ausländische Arbeitnehmer - oder, wie es früher hieß Gastarbeiter - gekommen. Durch Fluktuation und Rückwanderung pendelte sich diese Zahl auf heute 4,4 Millionen ein. Davon sind 1,6 Millionen abhängig Beschäftigte, 100.000 Selbständige und zur Zeit 230.000 ohne Arbeit.

Diese Größenordnung von 4,4 Millionen wird nicht nur, sondern muß nach den Worten der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen schon aus volkswirtschaftlicher Notwendigkeit in den nächsten zehn bis 15 Jahren bestehen bleiben.

In ihrem „Bericht zur Ausländerbeschäftigung“, den Lieselotte Funcke gestern der Öffentlichkeit vorstellte, heißt es unter anderem: „Die sehr unterschiedliche Struktur des Arbeitsmarktes läßt auch für die Zukunft erkennen, daß es in bestimmten Wirtschaftsbereichen und Regionen ohne ausländische Arbeitnehmer auch weiterhin erhebliche Personalprobleme geben würde.“

Wer mit dem gern benutzten Argument daherkommt, ausländische Arbeitnehmer seien angesichts der Massenarbeitslosigkeit nicht mehr zu verantworten, macht es sich zu leicht, denn er vergißt, daß es große Bereiche in der Wirtschaft gibt, für die sich keine deutschen Arbeitskräfte finden. So beträgt der Ausländeranteil im Gaststätten- und Beherbergungsbereich über 20 Prozent, in der Glaserei fast 24 Prozent, in der Stahlverarbeitung 14 Prozent. Zu den Wirtschaftsbereichen, die existentiell auf ausländische Arbeitnehmer angewiesen sind, zählen außerdem der Untertagebergbau, der Hoch- und Tiefbau, die Fahrzeugindustrie sowie die gesamte Nachtschichtarbeit.

Die Situation wird sich zwar insofern ändern, als der Trend weg vom Produktionsbereich hin zum Dienstleistungsbereich natürlich auch vor den ausländischen Arbeitnehmern nicht Halt macht - die Folge muß unter anderem sein, diese besser beruflich zu qualifizie-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
aus wertvollen Recycling-
Papieren



ren. Der Arbeitskräftebedarf jedoch wird gleichbleiben oder sogar wachsen. Das ergibt sich zwangsläufig aus der demographischen Entwicklung der deutschen Bevölkerung: Während die Zahl der Ausländer durch Rückwanderung und Geburtenrate in etwa gleichbleiben wird, wird es im Jahre 2.000 etwa 2,4 Millionen weniger Bundesbürger geben. Dadurch fehlen 2,2 Millionen Deutsche im erwerbsfähigen Alter. Die Folgen für den Personalbedarf der Polizei, der Bundeswehr, im Zivil- und Katastrophenschutz sind augenscheinlich. Zu diesem Zeitpunkt werden ausländische Jugendliche diese Lücken füllen müssen, die sich hierdurch auf dem Arbeitsmarkt ergeben.

Darüber hinaus bieten allein die ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien auf Sicht eine Garantie dafür, daß nicht ein Großteil von öffentlichen Einrichtungen mangels ausreichender Nachfrage durch Deutsche als ineffektiv geschlossen werden muß. Das gilt für Kindergärten, für Schulen, für Schwimmbäder, für den Personennahverkehr und die Krankenhäuser. Zum einen kommen diese Institutionen in erhebliche wirtschaftliche Engpässe, zum anderen würde es ohne die ausländischen Familien noch mehr arbeitslose Lehrer und ähnliches geben.

Doch nicht nur für die Zukunft sind wir auf die 4,4 Millionen Ausländer angewiesen. Auch für heute stellen diese - deren Arbeitslosenquote mit 12,9 Prozent weit über dem Bundesdurchschnitt von 8,5 Prozent (August 1986) liegt - eine unverzichtbare volkswirtschaftliche Größe dar, denn 4,4 Millionen Verbraucher

- haben in der Unterhaltungselektronik und bei Haushaltsgeräten im Jahre 1981 eine Milliarde DM ausgegeben,
- stellen als sogenannte „Restmieter“ oftmals die einzigen Interessenten für Altbauwohnungen dar,
- besitzen zu 90 Prozent Sparguthaben bei deutschen Kreditinstituten,
- zahlen pro Jahr rund zehn Milliarden DM Steuern,
- sorgen mit acht bis zehn Milliarden DM ganz wesentlich für die Stabilität der Rentenversicherung,
- zahlen rund sechs Milliarden DM in die Krankenversicherung, wobei festzuhalten bleibt, daß die daraus beanspruchten Leistungen ausgeglichen sind.

Es gibt also aus rein pragmatischen Gründen eine Vielzahl guter Argumente, die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien nicht nur in unser Wirtschafts- sondern auch in unser Gesellschaftssystem besser einzubinden. Daß wir darüber hinaus aus sozialen und humanitären Motiven eine Verpflichtung spüren sollten, diese Integration schneller voranzutreiben, fällt ins Auge.

Desto unverständlicher ist also, wenn insbesondere rechte Politiker sich hier immer neue Stolpersteine ausdenken - das reicht von der Abschiebep Praxis bei Arbeitslosigkeit bis zum erschwerten Familiennachzug. Diese Politiker sind es, die durch solche Maßnahmen und Panikmache in Sachen Asylrecht für die Saat sorgen, die dann zum Beispiel aufgeht als jene „Deutsche Volksinitiative“ im Saarland, die auf reaktionären Nationalismus setzt.

Die Argumentationsweise von Strauß, Zimmernann und Konsorten, denen die Begriffe „Wirtschaftsasylanten“ oder „Kanaken“ (Strauß) leicht von den Lippen gehen, verrät Sklavenhaltermentalität. Es ist deshalb höchste Zeit, eine Reihe von Forderungen in die Tat umzusetzen - die Ausländerbeauftragte führte dazu unter anderem an:

- die rechtliche Verfestigung des Aufenthaltsstatus nach über fünfjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik,
- den unbehinderten Familiennachzug,
- keine Ausweisung bei Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfebezug,
- Erleichterung der Einbürgerung,
- verbesserte politische Mitarbeit.

In der richtigen Erkenntnis, daß in diesem Katalog von Maßnahmen auch die Mitsprache von Ausländern in den Medien gehört, fordert Lieselotte Funcke die stärkere Berücksichtigung unter anderem in den Rundfunkräten und Redaktionen.

Im WDR-Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen ist diese Forderung bereits Wirklichkeit - hier gibt es im Rundfunkrat auch einen Vertreter der ausländischen Mitbürger. (-/18.9.1986/vo-he/st)

* * *



EG-Sanktionen gegen Südafrika sofort verwirklichen

Das Unzureichende darf nicht noch weiter verwässert werden

Von Barbara Simons MdEP
Südafrika-Sprecherin der Sozialistischen EP-Fraktion

Die von den EG-Außenministern beschlossenen Maßnahmen gegen Südafrika verdienen in der Tat nicht den Namen Sanktionen. Sie sind halbherzig, unzureichend und enttäuschend.

Der Rat hat zwar nach langem, hartnäckigem Drängen der Mehrheit des Europäischen Parlaments unter Führung der Sozialistischen Fraktion endlich Beschlüsse gefaßt. Aber was beschlossen wurde, ist einfach zu wenig. Einfuhrverbote werden für Stahl und Eisen, Krüggerrand-Münzen und Obst und andere Produkte erlassen; außerdem wurden Neuinvestitionen verboten.

Aber wichtig ist, was von dieser Liste nicht erfaßt wurde: Kohle, 1985 mit einem EG-Handelsvolumen von 410 Millionen DM (Stahl und Eisen dagegen nur 100 Millionen DM), Barrenquid mit einem Umfang von 3,6 Milliarden DM (Krüggerrand-Goldmünzen dagegen nur 300 Millionen; davon 200 Millionen in die Bundesrepublik), Erneuerungs- und Ersatzinvestitionen (Neuinvestitionen nimmt wegen der instabilen Situation in Südafrika sowieso kaum noch ein Unternehmen vor). Die Mehrheit der Bevölkerung Südafrikas hat von der Europäischen Gemeinschaft jedenfalls mehr erwartet.

Eine unerfreuliche Rolle hat bei dieser Entscheidung des Rates wiederum der bundesdeutsche Außenminister Genscher gespielt: Er hat sich dem Diktat der deutschen Industrieverbände gebeugt und durch sein Veto den Stopp der Kohleimporte verhindert. Die Behauptung vom Schutz der Arbeitsplätze im Kohlebergbau in Südafrika ist nur ein Vorwand. Der Generalsekretär der National Union of Mine Workers, der Bergarbeitergewerkschaft Südafrikas also, Cyril Ramaphosa, hat gerade erst auf dem Nürnberger SPD-Parteitag in einem leidenschaftlichen Appell umfassende Sanktionen gefordert, um so durch politischen Druck das Leid und das Sterben in Südafrika zu beenden.

Auf jeden Fall muß jetzt jedoch verhindert werden, daß das Wenige, was in Brüssel zu Südafrika beschlossen wurde, nun auch noch weiter verwässert wird. Die unzureichenden Beschlüsse müssen rechtlich verbindlich gemacht und sofort verwirklicht werden. Dies darf nicht wieder durch konservative Regierungen wie in Bonn und London verzögert werden. Juristische Spiegelfechtereien sind nun erst recht unangebracht. Eine wirksame Kontrolle der Einfuhren ist zudem notwendig, damit die Embargoüberschüsse überhaupt einen Hauch politischer Wirkung entfalten können.

Im Vorfeld der Brüsseler Beschlüsse haben offizielle Stellen in Südafrika schon aufgeregt reagiert. Ihre widersprüchlichen Erklärungen über die eigene Versorgungsbasis, strategische Vorräte und die Zusammenarbeit mit Japan, Hongkong und Taiwan, verbunden mit Drohungen an die Adresse der Europäer, sind der Beweis, daß Embargo-Beschlüsse schon wirksam sind - sie müssen nur ihren Namen verdienen.

(-/18.9.1986/va-he/st)

* * *



Rechtsruck nach dem „Vorbild“ der FDP

SPÖ kündigt Koalition mit FPÖ

Von Erich Wolfram MdB

Stellvertretender Vorsitzender der deutsch-österreichischen Parlamentariergruppe

SPÖ-Vorsitzender Dr. Fred Sinowatz und der österreichische Bundeskanzler, Dr. Vranitzky (SPÖ), haben die Koalition mit der FPÖ in Wien aufgekündigt.

Sie reagierten damit auf die Beschlüsse des FPÖ-Parteitagess vom letzten Wochenende. Die „Freiheitlichen“, wie die FPÖ kurz genannt wird, hatte ihren Parteivorsitzenden Dr. Steger abgewählt und den am rechten Flügel der Partei stehenden Dr. Haider als neuen FPÖ-Vorsitzenden gewählt. Vizekanzler Dr. Steger legte darauf sein Regierungsamt nieder. In der österreichischen FPÖ vollzieht sich damit - wenn auch einige Jahre später - ähnlich wie vor Jahren bei uns in der FDP - ein deutlicher Rechtsruck.

Die in Österreich führende sozialdemokratische Regierungspartei hat darauf schnell und konsequent reagiert, sie hat die Koalition gekündigt. Bereits im November dieses Jahres gibt es in Österreich vorgezogene Neuwahlen.

Regulär sollten die Wahlen erst im Mai nächsten Jahres stattfinden.

In Österreich vollzieht sich ein politischer Prozeß, den wir in der Bundesrepublik Deutschland 1982 erlebt haben: Eine Wende nach rückwärts, ein Ruck nach rechts.

In Österreich hat es mit dem Fall Reeder und dessen „Heimkehr“ angefangen. Die Wahl von Dr. Waldheim zum neuen österreichischen Bundeskanzler hat den Konservativen Auftrieb gegeben.

Jetzt vollzieht sich der letzte Schritt in der konservativen österreichischen Szene: Konservative wittern Morgenluft.

Die österreichischen Sozialisten und der Bundeskanzler haben richtig reagiert. Sie haben der Koalition und ihrer eigenen Partei einen Leidensweg erspart.

Jetzt hat der Wähler das Wort. Es bleibt nur zu hoffen, daß Österreichs Wählerinnen und Wähler im November ihre Chance erkennen und eine politische und soziale Wende nach rückwärts verhindern.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky hatte einen guten Start. Die Bürgerinnen und Bürger haben das erkannt. Sie werden ihm und den österreichischen Sozialisten hoffentlich die Chance geben, nach den vorgezogenen Wahlen die Politik fortzusetzen und Österreich weiter zu regieren.

(-/18.9.1986/vo-he/st)

* * *



DOKUMENTATION

Staatskanzlei Saarbrücken

Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine hat am Dienstag folgende Erklärung zur Nutzung der Kernenergie abgegeben. Wir dokumentieren die Erklärung im Wortlaut.

„Es wird keinen Frieden geben, wenn die Staaten auf der Basis nationaler Souveränität wieder hergestellt werden mit all dem, was eine Politik des Prestiges und der wirtschaftlichen Protektion mit sich bringt.“
Jean Monnet

Die Trennung in militärische und friedliche Nutzung der Atomkraft ist eine Fiktion. Die Atombombe ist ein technisches Gerät mit hohem Vernichtungspotential, bei dem der nukleare Prozeß nicht in Gang gesetzt ist, aber in Gang gesetzt werden kann durch zielgerichtetes Handeln oder durch menschliches und technisches Versagen. Das Atomkraftwerk ist ein technisches Gerät mit hohem Vernichtungspotential, bei dem der nukleare Prozeß bedingt kontrolliert in Gang gesetzt ist, aber außer Kontrolle geraten kann durch zielgerichtetes Handeln oder durch menschliches und technisches Versagen.

Die Trennung der Staaten in Atomkräfte und nichtatomare Mächte ist ein Produkt geistiger Verwirrung. Sowohl sogenannte nichtatomare Mächte als auch Atomkräfte können den Nachbarstaaten durch zielgerichtetes Handeln und durch technisches und menschliches Versagen schwere und irreparable Schäden zufügen. Das Trägersystem der sogenannten nichtatomaren Mächte sind die Wolken und der Wind (siehe Tschernobyl), Trägersysteme der atomaren Staaten sind Raketen, Flugzeuge, Wolken und Wind.

Cattenom ist ein Informationsproblem, sagte Jacques Chirac. Es ist aber eher ein Informationsproblem der Kernkraftwerksbefürworter, die allen entscheidenden Fragen ausweichen. Also frage ich Jacques Chirac und Helmut Kohl stellvertretend für die anderen Kernkraftwerksbefürworter:

1. Ist Ihnen bekannt, daß Menschen immer wieder versagen?
2. Ist Ihnen bekannt, daß jede Technik versagt?
3. Ist Ihnen bekannt, daß kein ernstzunehmender Wissenschaftler dieser Welt bei Kernkraftwerken die Möglichkeit eines GAU (größter anzunehmender Unfall) ausschließt?
4. Ist Ihnen bekannt, daß die „deutsche Risikostudie Kernkraftwerke“ für einen Kernreaktor mit 1.300 Megawatt (ein Viertel der Kapazität Cattenoms) das größtmögliche Ausmaß an Spätschäden aus Reaktorstörfällen mit 104.000 Todesfällen in 30 Jahren angibt?
5. Ist Ihnen bekannt, daß die scheinbar beruhigende Feststellung, daß das Schmelzen des Reaktorkerns einmal in 10.000 Jahren eintreten kann, heißt: Morgen können ab Inbetriebnahme von Cattenom in Luxemburg, in großen Teilen Lothringens, von Rheinland-Pfalz und des Saarlandes 100.000 oder mehr Menschen den Tod finden?
6. Wer oder was berechtigt Sie, das Risiko einzugehen, das Leben und die Lebensgrundlage der Menschen im Dreiländereck zu zerstören?

Die Bevölkerung des Dreiländereckes hat ein Recht auf eine Antwort, die nicht alle wesentlichen Fragen ausklammert.



Europa kann nur gebaut werden, wenn kein Land sich anmaßt, „das ganze Interesse mit der mitbetroffenen Anderen aufs Spiel zu setzen“.

(Hans Jonas)

Spätestens seit dem Unfall von Tschernobyl, bei dem nach Darstellung der UdSSR nur vier Prozent des hoch radioaktiven Inventars freigesetzt wurden, 1.000 Quadratkilometer lang andauernd unbewohnbar wurden und 135.000 Menschen evakuiert wurden, müßte jedem klar geworden sein, daß die Großtechnik das Denken in nationalen Kategorien lächerlich gemacht hat, daß das oft beschworene Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes zu einer Leerformel verkommen ist. Jeder Kernreaktor ist eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Nachbarstaaten.

Solange es nicht gelingt, allen europäischen Regierungen die Unverantwortbarkeit der KKW's einsichtig zu machen, muß der EURATOM-Vertrag dahingehend geändert werden, daß kein KKW im Abstand der Todeszone von 30 Kilometern von der Grenze eines Nachbarstaates ohne dessen Zustimmung betrieben werden darf.

Gefordert ist der Geist Jean Monnets oder des in Luxemburg geborenen Robert Schumann, nicht nationales Prestigedenken. Während heute die wievielte (?) Panne des Pannenreaktors gemeldet wird, werden in Mainz die „Sicherheitsexperten“ erklären, alles sei in bester Ordnung.

Die Sowjetunion hat nach dem Unfall in Tschernobyl die Schlußfolgerung gezogen, keine Kernkraftwerke mehr in dichtbesiedelten Gebieten zu bauen.

Welche Schlußfolgerung wird im dichtbesiedelten Europa gezogen?

Welche Schlußfolgerung zieht Frankreich für Cattenom vor der endgültigen Inbetriebnahme?

(-/18.9.1986/vo/st)

* * *

